

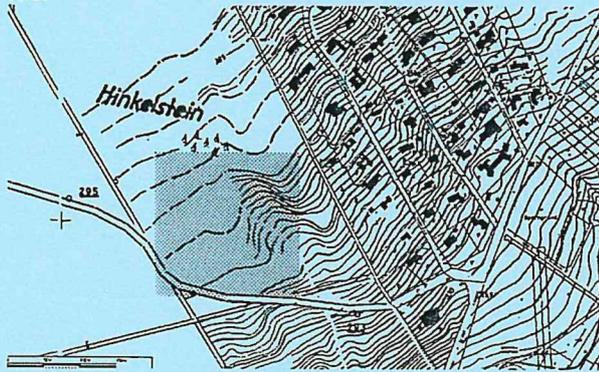
# Beschlussauszug

## öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 30.06.2015

### TOP 1      **Antrag Fraktionen SPD und Grüne: Bestattungswald** **Vorlage: 2012/053**

Zu diesem TOP fand von 18.00 bis 18.50 Uhr mit der Friedhofskommission ein gemeinsamer Ortstermin im Wald in Hallgarten statt. Zweck des Ortstermins war die Entscheidungsfindung, ob diese Fläche aus Sicht von UPB und Friedhofskommission für einen Bestattungswald geeignet ist und eine entsprechende Beschlussfassung, wobei klar ist, dass weitere offene Fragen erst später geklärt werden können.

Besichtigt wurde die gekennzeichnete Fläche der Abteilung 6, „Hinkelstein“, westlich der Rebhangsiedlung, nördlich des Wegs zur Hallgarter Zange. Eine zweite geprüfte Fläche, östlich des Rebhangs, wird nicht besichtigt, da sie nach Aussage von Herrn Fladung weniger geeignet ist.



Direkt an der Wegegabelung ist eine größere Fläche, die zum Parken genutzt werden könnte, ebenso der hangseitige Seitenstreifen entlang des Weges nach unten. Beides dient der Lagerung von geschlagenem Holz bis zur Abholung, hier wird ein möglicher Konflikt gesehen, der gelöst werden müsste.

Herr Fladung erläutert weiter den Standort und die Anforderungen an einen Bestattungswald: Wege sind anzulegen, eine Lichtung mit einem Andachts- oder Ruheplatz mit einigen Bänken (kein Gebäude), sowie eine Einfriedung wären herzustellen. Es muss geprüft werden, ob der Boden bis zum anstehenden Fels eine ausreichende Tiefe für die Beisetzung der Urnen hat. Neben einem Bodengutachten ist zu klären, ob der Bewuchs für einen Bestattungswald geeignet ist, Trinkwasserschutzgebiete berührt sind, der Wald muss aus dem Forst entlassen und aus der Jagdpacht herausgenommen werden. Die Frage der weiteren Waldpflege ist zu klären, ebenso die Verkehrssicherungspflicht. Des Weiteren ist Planungsrecht über eine Flächennutzungsplanänderung und einen Bebauungsplan herbeizuführen. Schließlich ist noch die Frage der Größe und Kosten, sowie des Betreibers zu klären. Bei ca. 125 Sterbefällen/Jahr plus Belegung aus dem Umland wird mit ca. 30 Bestattungen/Jahr gerechnet. Die Fläche kann bei Bedarf nach Norden hin vergrößert werden. Nicht notwendig ist Infrastruktur wie Wasser oder Strom, auch auf Toiletten kann verzichtet werden.

Herr Bleuel sieht die Voraussetzungen von Erreichbarkeit und

Erweiterbarkeit und Topographie als gegeben. Herr Sommer hat Bedenken bzgl. der verkehrlichen Belastung (während des Ortstermins herrscht reger Verkehr) und bei Begegnungsverkehr, insbesondere nach Eröffnung des Kletterparks und bei Beerdigungen.

Eine größere Gruppe der Anwesenden folgt einer Rückegasse ein Stück in den Wald hinein. Die Fläche ist mit Buchen und Kiefern bestockt und relativ eben, es finden sich vereinzelt Quarzitbrocken auf dem Waldboden. Diskutiert wird bereits die Frage der Kosten und der möglichen Konkurrenz zu den vorhandenen Friedhöfen (Stichwort: Zurückfahren, Schließung), sowie mögliche Folgen auf die Gebühren.

Die Friedhofskommission fasst vor Ort keinen Beschluss bzw. spricht auch keine Empfehlung zur Fläche aus. Dies soll zeitnah in einer Sitzung erfolgen. Die Kommission wird dann dem Magistrat berichten, der dann wiederum dem Ausschuss etwas vorlegt.

Die Friedhofskommission wird verabschiedet, der UPB verträgt sich ins Bürgerzentrum für 19.30 Uhr und behandelt diesen TOP weiter.

Aus dem Antrag 2012/053 wurden die Punkte 2. und 3. bereits in der Sitzung des UPB am 22.05.2012 beschlossen. Heute soll die Fortsetzung der Konzeptdiskussion erfolgen, insbesondere, ob die besichtigte Fläche „Hinkelstein“ aus Sicht des UPB geeignet ist. Dann kann das Konzept ausgearbeitet werden.

Herr Vogel hält einen Bestattungswald für sinnvoll, die Fläche sei auch denkbar und noch Fragen zu klären, aber die CDU-Fraktion sieht die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt und sieht daher keinen Bedarf, weil die Stadt derzeit schon so viele Bestattungsarten wie keine andere Kommune im Rheingau anbietet. Die Belegungszahlen belegen einen Trend zur Urne, so das künftig mehr Platz auf den Friedhöfen ist. Zudem entstehen zusätzliche Kosten durch die Einrichtung eines Bestattungswaldes, gleichzeitig werden Kunden von den bestehenden Friedhöfen abgezogen, so dass dies zu einer Kostensteigerung und Gebührenerhöhung führt, unabhängig ob die Stadt oder ein Privater den Bestattungswald betreibt. Wenn die Stadt es übernimmt, verbleiben sogar alle Kosten bei der Stadt. Die CDU wird daher nicht zustimmen.

Frau Hoffmann sieht eine Nachfrage für diese Bestattungsform, so ist die Pfarrerin Frau Stern-Tischleder öfter in Frauenstein zu Beerdigungen von Menschen aus dem Rheingau. Es ist vorstellbar, dass aus dem Rheingau eine Nachfrage da ist, denn ein Bestattungswald in Oestrich-Winkel wäre der Einzige im Rheingau. Sie sieht die Herstellungskosten als überschaubar und die Parkplatzfrage bzgl. Holzabfuhrplatz (Seitenstreifen) mittels Absprache händelbar und einen Bestattungswald denkbar.

Der Beschlussvorschlag in Punkt 1 ist bzgl. Besitzangabe (Fläche ist städtisch) zu ändern. Im 2. Satz kann die 2. Hälfte gestrichen werden, da die Abfrage stattgefunden und keine Kommune Interesse bekundet hat. In dem Konzept nach Punkt 2 sind zu berücksichtigen: Versammlungsstätte, Zuwegungen, Größe des Geländes, Kontaktaufnahme zu möglichen Friedhofsbeteibern an dessen Ende ein Interessenbekundungsverfahren für einen Betreiber steht.

Frau Prasser-Strieth befürwortet einen Bestattungswald auf dieser Fläche. Sie sieht darin einen Trend, der zunehmen wird. Traurig ist, dass derzeit Interessenten aus dem Rheingau auf außerhalb liegende

Bestattungswälder ausweichen müssen. Die mögliche Parkplatzfläche ist aus ihrer Sicht ausreichend. Vor Ort ist unweit mit dem Hotel von Herrn Bocks auch eine Lokalität für die Trauergesellschaft vorhanden.

Herr Schönleber spricht sich gegen den Bestattungswald aus. Neben den Kosten, insbesondere der laufenden Unterhaltung, hier wird als Beispiel der Jüdische Friedhof genannt, verweist er im Besonderen auf die (katholisch

geprägte) rheingauer Friedhofskultur, die vielfältige Möglichkeiten der Bestattung ermöglichen, die eine weitere nicht notwendig erscheinen lässt, zudem zweifelt er die Nachfrage an.

Diese sei vorhanden, versichert Herr Bleuel, so die Nachfragen aus dem Bekanntenkreis. Er hält das „runterfahren“ von vorhanden Friedhöfen für sehr schwierig. Eine Öffnung für Muslime könnte hier vielleicht wieder für eine erhöhte Nachfrage an Erdbestattungen in 10 -20 Jahren sorgen. Herr Schönleber verweist auf die Friedhöfe mit Baumbestand in Winkel und Geisenheim, die bald wie ein Park wirken und nochmals auf die finanzielle Situation. Wenn kein Geld da ist kann nichts gemacht werden und umgekehrt. Herr Bleuel weist auf die Gebührendeckung der Friedhöfe hin.

Herr Fladung hält die Fläche für geeignet und Zulauf aus den anderen Rheingaukommunen für möglich. Er räumt hohe Anlaufkosten ein, aber es sollte nicht nur auf Geld geachtet werden, sonst hätte beispielsweise der Oestricher Kran auch nicht saniert werden dürfen. Es besteht eine Nachfrage an dieser Bestattungsform, warum sollte diese nicht erfüllt werden.

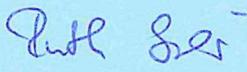
Frau Müller berichtet, dass sie oft auf Waldbestattungen angesprochen wird, selbst bereits einige Bestattungswälder besucht hat und diese Bestattungsform gut findet. Sie sieht in der Änderung der Friedhofssatzung mit Wiedereinführung der Kauf- und Familiengräber, die viele wieder haben wollen, und der Einführung von muslimischen Bestattungen, Veränderungen im Friedhofsbereich und befürwortet die Weiterbehandlung des Themas im Magistrat.

Bei einer Attraktivitätssteigerung der Friedhöfe hält Herr Fladung einem Zulauf aus den Nachbarkommunen für möglich. Die Nachfrage nach Erdbestattungen wird durch Muslime steigen. So könnte eine Neukalkulierung der Gesamtkalkulation erfolgen, wenn der Kostendeckungsgrad für Erdbestattungen wieder höher ist.

Herr Bleuel formuliert einen Beschlussvorschlag auf Basis von Punkt 1 des Antrags 2012/053. Herr Fladung weist darauf hin, dass bei der Prüfung im weiteren Verfahren noch k.o.-Kriterien auftauchen können, wie z. B. Kosten, Bodenbeschaffenheit, die eine Realisierung verhindern können. In der weiteren Diskussion wird versucht eine Formulierung zu finden, die diese Einschränkungen berücksichtigt und allen eine Zustimmung erlaubt, und der Beschlussvorschlag entsprechend bzgl. des Konzepts ergänzt. Aus Reihen der CDU wird auch hierfür keine Zustimmung signalisiert. Der Vorsitzende Herr Bleuel lässt über die ergänzte Fassung abstimmen.

**Beschluss** Die Stadt Oestrich-Winkel beabsichtigt auf der vom UPB besichtigten Fläche „Hinkelstein“ (Abteilung 6) einen Bestattungswald auszuweisen und das dazu erforderliche Bauplanungsrecht auf Basis des noch festzulegenden Konzepts in die Wege zu leiten.

F.d.R.  
06.07.2015

  
Ruth Schreiner

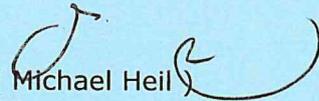
**Verfügung**

**Vg. an FB**

**zur federführenden weiteren Bearbeitung**

Kopie an FB

- zur Kenntnisnahme
  - weitere Veranlassung betr.
- 
- 

  
( Michael Heil )  
Bürgermeister